

N i e d e r s c h r i f t

**der 44. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 18.06.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Schramm
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	Vertreter für Herrn Koehn
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	Vertreter für Frau Thieme
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	Vertreterin für Frau Ruhl-Herpertz
Herr Thomas Willecke	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Herr Gottfried Koehn	SPD
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 44. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von Frau Oberbürgermeisterin Szabados eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- TOP 5.1 Jahresrechnung 2006 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2008/07097
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.6 Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem
Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06984
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.7 Ausgliederung der Gemarkung Halle, Flur 14, Flurstück 1/102 und der
Gemarkung Halle, Flur 14, Flurstück 1/780 aus dem Sondervermögen Thalia
Theater / Kinder- und Jugendtheater
Vorlage: IV/2008/07167
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.8 Änderung der Betriebssatzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Thalia
Theater / Kinder- und Jugendtheater
Vorlage: IV/2008/07172
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.9 Gebührenordnung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" ab dem
Schuljahr 2008/2009
Vorlage: IV/2008/07220
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.10 Jahresabschluss 2007 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2008/07098
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.11 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/07 Kulturinsel Halle
Vorlage: IV/2008/07225
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.12 Wirtschaftsplan 2008/2009 für den Zeitraum vom 01.08.2008 bis zum
31.07.2009 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2008/07228
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 5.13 Baubeschluss Umgestaltung Zentraler Omnibusbahnhof Ernst-Kamieth-Platz, Projektteile Hochbauliche Anlagen und Verkehrsanlagen
Vorlage: IV/2008/07045
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Des Weiteren stellte sie den Antrag, den

TOP 8.2 Zweckvereinbarung zur Regelung der bauaufsichtlichen Zuständigkeiten im Plangebiet für Bauanträge und für die Bauüberwachung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1 des Planungsverbandes "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 " vom Oktober 2002
Vorlage: IV/2008/07264

als Vorlage unter dem TOP Vorlagen in die Tagesordnung aufzunehmen.
Sie bat Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack, über den Sachverhalt zu informieren.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte, dass es eine formelle Angelegenheit sei. Es gibt eine Verwaltungsvereinbarung über die Erteilung der Baugenehmigung zwischen der Stadt Halle und dem Landkreis. Da diese aber dem Zweckverbandsrecht unterliegt, bedarf es der formalen Zustimmung durch den Stadtrat und Kreistag. Deshalb müsse diese Vorlage im nächsten Stadtrat beschlossen werden, da in nächster Zeit damit zu rechnen sei, dass Baugenehmigungen erteilt werden müssen. Für diese Genehmigungen sei die Vereinbarung dann interessant, wenn über die Gemarkungsgrenzen hinweg gebaut wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, wenn die Entscheidung im Stadtrat zu treffen sei, muss der TOP 8.2 als Vorlage unter TOP 5 behandelt werden.

Sie bat um Abstimmung, den TOP 8.2

Zweckvereinbarung zur Regelung der bauaufsichtlichen Zuständigkeiten im Plangebiet für Bauanträge und für die Bauüberwachung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1 des Planungsverbandes "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 " vom Oktober 2002
Vorlage: IV/2008/07264

als TOP 5.14 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2008
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen

- 5.1. *Jahresrechnung 2006 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin*
Vorlage: IV/2008/07097 abgesetzt
- 5.2. *Eckwerte für das Haushaltsjahr 2009*
Vorlage: IV/2008/07283
- 5.3. *Vereinbarung zu strategischen Zielen*
Vorlage: IV/2007/06669
- 5.3.1 *Änderungsantrag des Hauptausschusses zur Beschlussvorlage "Vereinbarung zu strategischen Zielen" (Vorlage-Nr.: IV/2007/06669)*
Vorlage: IV/2008/07338 Änderungsantrag während der Sitzung
- 5.4. *Gründung der "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"*
Vorlage: IV/2008/07224
- 5.4.1 *Änderungsantrag des Hauptausschusses zur Beschlussvorlage "Gründung der "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" (Vorlagen-Nr.: IV/2008/07224)*
Vorlage: IV/2008/07339 Änderungsantrag während der Sitzung
- 5.5. *Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China)*
Vorlage: IV/2008/07282
- 5.6. *Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2008/06984 abgesetzt
- 5.7. *Ausgliederung der Flurstücke 1/102 und 1/780 der Gemarkung Halle, Flur 14, aus dem Sondervermögen Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater zum 31.10.2008*
Vorlage: IV/2008/07167 abgesetzt
- 5.8. *Änderung der Betriebssatzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater*
Vorlage: IV/2008/07172 abgesetzt
- 5.9. *Gebührenordnung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" ab dem Schuljahr 2008/2009*
Vorlage: IV/2008/07220 abgesetzt
- 5.10. *Jahresabschluss 2007 Eigenbetrieb Kindertagesstätten*
Vorlage: IV/2008/07098 abgesetzt
- 5.11. *Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/07 Kulturinsel Halle*
Vorlage: IV/2008/07225 abgesetzt
- 5.12. *Wirtschaftsplan 2008/2009 für den Zeitraum vom 01.08.2008 bis zum 31.07.2009 für die Kulturinsel*
Vorlage: IV/2008/07228 abgesetzt
- 5.13. *Baubeschluss Umgestaltung Zentraler Omnibusbahnhof Ernst-Kamieth-Platz, Projektteile Hochbauliche Anlagen und Verkehrsanlagen*
Vorlage: IV/2008/07045 abgesetzt

- 5.14. Zweckvereinbarung zur Regelung der bauaufsichtlichen Zuständigkeiten im Plangebiet für Bauanträge und für die Bauüberwachung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1 des Planungsverbandes "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 " vom Oktober 2002
Vorlage: IV/2008/07264
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Information zum Tarifwechsel am 01.08.2008 im Geltungsbereich des MDV
Vorlage: IV/2008/07202
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2008

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, bat darum, ihre Ausführung auf Seite 22 der Niederschrift vom 21.05.2008 entsprechend zu ändern von:

„...Sie fragte, inwieweit sich die Verwaltungsspitze veranlasst sehe, in die Entscheidung des Bildungsausschusses, den Standort „Zeitzer Straße“ dieser „Arche Noah-Konzeption“ zur Verfügung zu stellen, einzugreifen...“

in:

„...Sie fragte, inwieweit sich die Verwaltungsspitze veranlasst sehe, in die **mögliche** Entscheidung des Bildungsausschusses, den Standort „Zeitzer Straße“ dieser „Arche Noah-Konzeption“ zur Verfügung zu stellen, einzugreifen...“

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der 43. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.05.2008 gab es nicht.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten die Niederschrift der 43. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.05.2008 mit der Änderung auf Seite 22.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Vorlagen

zu 5.2 Eckwerte für das Haushaltsjahr 2009 Vorlage: IV/2008/07283

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, gab Erläuterungen und Informationen zu den wichtigsten Punkten der Vorlage über die Eckwerte.

Die ursprüngliche Finanzplanung aus dem Jahr 2007 sah für 2009 einen Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt von 6,8 Mio. € vor. Zwischenzeitlich, d. h. von der damaligen Planung bis heute, habe es verschiedene Veränderungen in einer Größenordnung von 8,2 Mio. € gegeben. Diese sind in der Vorlage auch aufgeführt, so dass der Eckwert für 2009 im Moment bei 15 Mio. € Fehlbedarf liege.

Die größte Veränderung habe es dabei in der Position der Personalausgaben gegeben. Die 7,8 Mio. € Mehraufwand sind auf die tariflichen Auswirkungen, die im Frühjahr 2008 vereinbart wurden, zurückzuführen.

Ein zweiter Punkt sei der Bereich der Finanzwirtschaft, der haushaltsübergreifend in der Darstellung ist und man müsse gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Einnahmeseite der Stadt gestärkt wird. Das sei dadurch begründet, dass insbesondere durch den kommunalen Finanzausgleich immer eine Abwärtsbewegung da ist. Momentan sei auch die weitere Verfahrensweise im Landtag zum Finanzausgleichsgesetz in der Schwebe und dort ginge es immerhin darum, für die kreisfreien Städte die Finanzausgleichsmasse um 1 % zu erhöhen und das wären in Halle 5,2 Mio. €, die in der Vorlage aufgeführt sind.

Des Weiteren sei in dieser Betrachtung der Finanzwirtschaft auch das Thema Steuereinnahmen bzw. überhaupt die Entwicklung der Steuern ganz aktuell berücksichtigt, u. a. das BGH-Urteil zu dem Grundsteuererlass und zwar in dem Sinne, dass man einen entsprechenden Abschlag vorgenommen hat als vorausschauende Sicherheit für die Umsetzung dieses Urteils. Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde auch klar darüber informiert, dass der Deutsche Städtetag beim Bund entsprechende Änderungen bzw. Modifizierungen dieses Urteils erreichen möchte.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bezieht sich auf die aktuelle Aufkommensentwicklung und diese 2,5 Mio. € an Mehreinnahmen zur ursprünglichen Planung erfolgten aus den Steuerschätzungen vom Mai 2008, die auch dann diese derzeitige gute konjunkturelle Lage beinhalten.

Weiterhin teilte Herr Geier mit, dass die Budgets nach Dezernaten aufgeteilt seien, d. h. im Moment sei es ein organisatorischer Ansatz der Verteilung der Mittel. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass man für die Zukunft diesen organisatorischen Budgetansatz umstellen müsse in einen produkt- bzw. aufgabenbezogenen Ansatz. Das bedeutet, dass beispielsweise für bestimmte Aufgabenblöcke, z. B. die soziale Sicherung, Kultur, allgemeine Verwaltung und ÖPNV in Zukunft Budgets präsentiert bekommen und dann aus einer inhaltlichen und auch aufgabenbezogenen Betrachtung politische Diskussionen und Abwägungen führen können.

Er informierte, dass in diesem Jahr sich noch mal auf diese Organisationsbudgetentwicklung bezogen wurde, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass das in Zukunft auf Aufgaben und Produkte umgestellt werden müsse.

Aufgrund dieser Darstellung nach Organisation und nach der neuen Organisationsstruktur, die seit 1. Mai 2008 gilt, ergibt sich dann diese neue Budgetaufteilung und das führt zu einem kuriosen Bild, z. B. in dem Bereich der Oberbürgermeisterin, weil dort organisatorisch der Kulturbereich zugeordnet ist.

Für die einzelnen Dezernate wurden entsprechende Gewichtungen vorgenommen und eine Gewichtung müsse man noch mal ansprechen, nämlich diese definierte Konsolidierungsmaßnahme zur Reduzierung des Gesamtzuschusses Kultur. Dort war ursprünglich vorgesehen, dass aus dem Kulturbereich im Jahr 2009 ein Konsolidierungseffekt von 2 Mio. € zustande kommt. Das wurde zeitlich verschoben auf das Jahr 2011 und das ist aus Sicht der Verwaltung auch im Zusammenhang mit der Bildung der Kultur GmbH wichtig, damit dort sachgerecht begonnen werden kann und der Finanzrahmen der Kultur GmbH definiert wird und dann im Nachgang bis 2011 die entsprechenden Optimierungsmaßnahmen greifen können.

Herr Geier sprach als weiteren wichtigen Punkt die Straßen- und Brückenunterhaltung an. Die Verwaltung habe sich entschlossen, 1 Mio. € mehr einzustellen als dies in der ursprünglichen Vorplanung gedacht war. Bei den Eckwerten für 2008 wurde eine entsprechende inhaltliche Diskussion über einen Mehrbedarf geführt und bei den Eckwerten für 2009 sollte dies dann entsprechend abgebildet und berücksichtigt werden.

Weiterhin erwarte die Verwaltung im Bereich der Bäder einen Entlastungseffekt von 2 Mio. € durch eine europaweite Ausschreibung der städtischen Bäder. Konkretere Aussagen könne man aber erst treffen, wenn entsprechende Ausschreibungsergebnisse dazu vorliegen.

Herr Geier führte weiter aus, dass es noch diverse Veränderungen im Bereich Soziales gibt. Das hängt auch mit bestimmten gesetzlichen Änderungen zusammen, die sich aus Bundesgesetzen ergeben.

Im Jahr 2009 wird mit einem Mehrbedarf von 1 Mio. € kalkuliert, wobei der entsprechende Konsolidierungsbeitrag in einer Zeitschiene bis 2011 wieder kompensiert werde.

All diese Faktoren führen dann dazu, dass das Defizit im Verwaltungshaushalt 2009 im Moment bei 15 Mio. € liegt.

Für die Eckwerte 2009 gibt es eine jahresbezogene Betrachtung und parallel dazu eine strukturbezogene Betrachtung, nämlich was den Konsolidierungszeitraum bis 2012 angeht. Hier ist der Vorschlag der Verwaltung, dass in der Betrachtung, inwieweit in Konsolidierungsmaßnahmen eingegriffen wird, das bereits vorliegende Jahresergebnis 2007 Berücksichtigung findet. Das Jahresergebnis 2007 fiel um 5,2 Mio. € besser aus. Diese 5,2 Mio. € werden zwar nicht im Jahr 2009 noch mal zusätzlich verbucht, aber die Verwaltung könne vertreten, wenn man anstatt der Differenz von 8,2 Mio. € nur für 3 Mio. € in Konsolidierungsmaßnahmen geht, weil es letztendlich im Konsolidierungszeitraum nur eine zeitliche Verschiebung bestimmter Beträge ist. Deshalb der Vorschlag in dieser Form.

Die Verwaltung schlägt vor, den Konsolidierungsrahmen in Höhe von 3 Mio. € aus dem Bereich der freiwilligen Aufgaben zu nehmen. Dieser Vorlage sei auch eine Liste der freiwilligen Aufgaben beigefügt, die wiederum die einzelnen Unterabschnitte darstellt mit dem jeweils saldierten Betrag der in dem Aufwand der Stadt steht.

Die Eckwerte für das Jahr 2009 orientieren sich an den strategischen Zielen.

Abschließend erläuterte er, dass für den Vermögenshaushalt keine neuen Kredite aufgenommen werden und mit dieser Nullkreditaufnahme entsprechend die Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanung vorbereitet werden.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM +UNABHÄNGIGE, erläuterte, dass er die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung nicht ganz verstanden hat. Die 7,8 Mio. € Mehraufwand an Lohnkosten bzw. Personalausgaben bleiben nicht nur für das Jahr 2009, sondern gehen auch in die Folgejahre über. Damit hätte man in der mittelfristigen Planung der Konsolidierung bis zum Jahr 2012 kein Minus von 8 Mio. €, sondern von 24 Mio. €, da die Verwaltung jedes Jahr bis 2012 einen Mehraufwand von 8 Mio. € an Personalkosten habe. Die Aufgabenstellung sei nicht, irgendwo 3 Mio. € einzusparen, sondern 24 Mio. €.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erwiderte, dass man die Personalausgaben jahresbezogen betrachten müsse. Man kann nicht unterstellen, so wie sich im Moment das Jahr 2009 darstellt, dass das für die Zukunft immer so bleibt. Für das Jahr 2009 müsse man die Erhöhung hinnehmen, aber er machte auch deutlich, dass er selbstverständlich für den Bereich der Personalausgaben Gegenmaßnahmen einleiten muss. Das werde so aussehen, dass die vorhandenen Fachkonzepte in verschiedene Richtungen, z. B. Aufgabenkritik, Optimierungsmöglichkeiten, demografischer Entwicklung nochmals überprüft werden müssen, so dass ein Gegenwirkungseffekt entsteht. In der Jahresbetrachtung 2009 könne er das nicht darstellen, da diese Überprüfung sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Bis zur Planung für das Jahr 2010 könne er die Fachkonzepte durchgehen, um zu sehen welchen Teil des Aufwuchses er darüber abdecken kann.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, warum Vorlagen, bei denen es gleiche Voten in den Fachausschüssen gegeben hat, im Hauptausschuss wieder aufgegriffen werden. Der letzte Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften war zu dieser Vorlage vorberatend, die Mitglieder sind größtenteils dieselben und deshalb erschien es ihm sinnlos, die Diskussionen vom Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu wiederholen.

Weiterhin fragte er die Oberbürgermeisterin, wie ihre Vorstellung von dieser ganzen Entwicklung ist und wie sie den Übertrag des eingesparten Geldes aus dem Jahr 2007 auf 2009 realisieren wolle, damit das auch haushaltstechnisch wirken kann.

Seine Fraktion habe festgestellt, dass die 5,2 Mio. € Einsparungen aus dem Jahr 2007 aus einmaligen Ereignissen entstanden sei, der Aufwuchs aber struktureller Natur sei, d. h. man könnte nur für ein Jahr die Deckung daraus nehmen. Aber der Haushaltsplan beinhaltet auch immer zwangsweise den mittelfristigen Finanzplan und das Konsolidierungskonzept, das habe der Gesetzgeber so vorgeschrieben.

Des Weiteren fügte er hinzu, dass überhaupt nicht zu erkennen sei, wie der Aufwuchs im strukturellen Bereich abgebaut werden soll.

Seines Erachtens sind Einsparungen in Höhe von 3 Mio. € aus dem Bereich der freiwilligen Leistungen akzeptabel, dass sind bei 60 Mio. € Gesamtbudget 5 %. Er sei aber nicht bereit, weitere Defizite über die freiwilligen Leistungen auszugleichen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, habe das Gefühl, dass seitens der Verwaltung nicht offen und ehrlich informiert werde. Er habe Herrn Geier im letzten Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften dazu Fragen gestellt, wovon er einige nicht beantwortet habe. Z. B. wird es eine neue Übersicht bezüglich der freiwilligen Leistungen geben.

Die Vertreter seiner Fraktion haben im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften gegen diese Vorlage gestimmt und nach den heutigen Ausführungen sei dies nicht anders.

Man sei gemeinsam in der Pflicht, so schnell wie möglich ernst und ehrlich über die Eckwerte zu diskutieren, um den Haushalt aufstellen zu können. Als Beispiel führte er die 2 Mio. € Einnahmen für die Bäder auf, wo man in den letzten Jahren anfangs 1 Mio. €, dann 400 T€ und jetzt 2 Mio. € einplant. Es gibt keinerlei Unterlagen dazu, die darauf hindeuten, dass die 2 Mio. € in irgendeiner Form planbar sind. Für ihn entsteht der Eindruck, dass die Vorlage Lug und Trug ist.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass er keine Lust auf dieselbe Diskussion vom gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften habe, weil nichts Neues dazu gekommen sei. Die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Geier sind dieselben, die er auch im gestrigen Ausschuss gemacht hat. Das Abstimmungsverhalten in diesem Ausschuss zeigt deutlich, welche Wünsche seitens der Stadträte an die Stadtverwaltung bestehen.

Von Herrn Bönisch und Herrn Wolter wurden klare Dinge schon gesagt, was er nur unterstützen kann. Seine Fraktion ist ebenfalls der Auffassung, dass das, was hier vorgelegt wurde nicht dem Prinzip der Haushaltsklarheit und -wahrheit entspricht. Das sei eine Verschönerung der Eckwerte. Risiken, die in diesen Zahlen stecken sind bei weitem nicht bewertet, sondern unterbewertet und werden seines Erachtens hier nicht angegeben. Das Risiko des Haushaltsdefizits sei sogar wesentlich höher, als das hier aufgeführte. Man dürfe nicht vergessen, dass es nicht nur um das Jahr 2009 geht, sondern um eine Finanzplanung, die 5 Jahre weiter zu schreiben ist. Und wenn man das als Gesamtprozess betrachtet, werden die gesamten Schwierigkeiten immer um ein Jahr verschoben, vorausgesetzt es kommt nichts Neues dazu.

Man wisse, dass die Verbundquote aller Voraussicht nach gesenkt werde, dass der Anteil der Großstädte nicht von 27 % auf 28 % aus den FAG-Zuweisungen für die Kommunen erhöht wurde und dass die Bundesergänzungszuweisungen an das Land Sachsen-Anhalt geringer werden sollen in einer Größenordnung von 1,5 Mrd€. Mit diesen Teilerkenntnissen, die man heute schon hat, aber bei der Risikobetrachtung seiner Meinung nach regelmäßig ausgeblendet werden, hat man kein Defizit von 3 Mio. €, sondern vielleicht von 15 Mio. € oder 20 Mio. €. Und dieses Defizit könne man dann nicht mehr nur über die freiwilligen Leistungen ausgleichen.

Dies sei ein grundsätzliches Problem und die Verwaltung könne damit offensiv umgehen. Es werden Beschlüsse auf Bundes- oder Landesebene gefasst, die auf die Einnahmesituation der Kommunen einen negativen Einfluss haben und das wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen.

Es könnte auch vorgeschlagen werden, weiter Personalkosten zu kürzen, aber die Verwaltung muss auch arbeits- und dienstleistungsfähig für die Bevölkerung und Wirtschaft etc. bleiben. Anhand der vorgelegten Zahlen sieht er sich außer Stande, eine ehrliche Entscheidung treffen zu können.

Die Verwaltung habe kein Verschulden, dass die Einnahmen weniger werden oder dass Ausgaben steigen durch z. B. Hartz IV. Aus diesem Grund verstehe er nicht, warum diese Zahlen und Risiken nicht klar benannt werden und die Verwaltung nicht offensiv damit umgeht, Schuldige benennt und das auch nach außen trägt. Die Stadt Dessau solle sich schon zu Wort gemeldet haben, während von Halle nichts zu lesen ist.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, wieder eine gemeinsame Aktion mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau durchzuführen, die auch mit entsprechendem Nachdruck vom Stadtrat unterstützt wird, denn wenn der Prozess des Sparens und Kürzens fortgesetzt wird, macht das die Stadt nicht mehr lebenswert.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktion FDP + GRAUE + WG VS 90, teilte mit, dass seine Fraktion im vorigen Jahr die Eckwerte als Arbeitsmittel sehr begrüßt hat. Man war der Meinung, dass diese hilfreich sind, aber danach hat man es sich etwas zu leicht gemacht, zumindest politisch gesehen, was dann die Verabschiedung des Haushaltes in seinen Einzelheiten und Feinheiten betraf. In diesem Jahr werden die Aufwüchse, vor allem die Tarifaufwüchse richtig deutlich.

Er überlege, ob man das nicht in großen Dimensionen sehen sollte und dass das Abbaukonzept der Altlasten bis zum Jahr 2012 in diesem Zusammenhang nicht gründlichst überdacht werden müsste.

Andererseits fragte er, warum über diese Vorlage abgestimmt werden muss, wenn es nur ein Arbeitsmittel sein soll. Das Entscheidende sei doch dann die Haushaltsdiskussion und die Verabschiedung des Haushaltes an sich. Weiterhin fragte er, ob die Vorlage in dieser Form in den Stadtrat muss und was passiert, wenn diese Eckwerte ziemlich eindeutig abgelehnt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, entgegnete, dass dieses Prozedere im letzten Jahr positiv kommentiert worden ist, auch im Hinblick als ein Orientierungsrahmen für die Haushaltsdiskussion selber.

In diesem Jahr habe die Beschlussvorlage zu den Eckwerten im Grunde eine Diskussion hervorgebracht, die sich um die Risiken in dem Haushalt dreht.

Er machte deutlich, dass bei den Gesetzesumsetzungen oder -vorhaben, die durch Bund oder Land auferlegt worden sind, Risiken auch für den kommunalen Haushalt entstehen, die man nicht planen und beherrschen könne. Man könne nicht alle Einnahmen und Ausgaben 100 %ig vorherbestimmen, z. B. wird im Rahmen der Leistungserbringung zu Hartz IV ein Prozentpunkt durch den Bundestag geändert, wären das im städtischen Haushalt 10 Mio. € mehr oder weniger.

Er sieht bei diesen Eckwerten ein ernsthaftes Bemühen der Verwaltung und erinnerte sich an die Haushaltsreden der letzten Jahre, wo sich alle Fraktionen für die Arbeit der Verwaltung bedankt haben. Deshalb könne er die Diskussionen und Schuldzuweisungen in Richtung Kommune im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nicht nachvollziehen.

Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da sie eine wichtige Orientierung ist. Niemand habe damit eine Garantie, dass alles so eintrifft, wie es hier aufgeführt ist. Er sieht aber auch das Bemühen der Verwaltung, z. B. 1 Mio. € zusätzlich für notwendige Maßnahmen bei den Straßen einzustellen.

Bezüglich der freiwilligen Leistungen mahnte Herr Krause an, dass die erste Position, die Ausstattung des bürokratischen Verwaltungsorgans, des Stadtrates, als Pflichtaufgabe zu sehen sei.

Frau Weiß, CDU-Fraktion, führte aus, dass in dem Eckwertebeschluss einige Dinge nicht eingearbeitet oder berücksichtigt sind, die aber konkret anstehen, so wie das Herr Bönisch und Herr Dr. Meerheim schon benannt haben und deshalb kann der hier vorgelegte Eckwertebeschluss keine Grundlage für eine Haushaltsplanung sein.

Weiterhin halte sie den Beschlussvorschlag: „...die Verwaltung wird beauftragt, einen Haushaltsentwurf vorzulegen...“ für nicht sinnvoll. Dazu sei die Verwaltung ohnehin verpflichtet und das müsse man weder im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften noch im Hauptausschuss oder im Stadtrat beschließen. Dass was eigentlich beschlossen werden soll ist, ob dieser von der Verwaltung vorgelegte Eckwertebeschluss tatsächlich Grundlage für eine Haushaltsplanung sein kann.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erläuterte, dass die Verwaltung in den Eckwerten darauf hinweisen müsse, wie die gegenwärtige Situation aussieht und wie der Plan für das darauffolgende Jahr ist. Alles andere sind im Grunde genommen die Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung und das sei ein ganz anderes Problem. Man müsse verstehen, dass die Haushaltskonsolidierung möglicherweise nicht funktioniert.

Man brauche nicht über das Haushaltsdefizit zu diskutieren, man muss über die Einnahmen sprechen. Es dauert zu lange, z. B. durch Verkauf von städtischem Vermögen, die dringend notwendigen Einnahmen zu erzielen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., gab den Hinweis, dass es auch bei den Pflichtaufgaben durchaus noch Effizienzreserven gibt, um den Fehlbedarf in Höhe von 3 Mio. € auszugleichen.

Er erinnerte an das Projekt Klimaschutz macht Schule, welches das ZGM mit den Schulen weiter umsetzen sollte und wie viel Zeit inzwischen verstrichen ist.

Bevor bei den Pflichtaufgaben nicht angefangen werde, effizient zu arbeiten, sei er nicht bereit, freiwillige Leistungen zu kürzen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass aus den unterschiedlichen Wortmeldungen die Spannweite der Problematik deutlich werde.

Sie wies die Anschuldigungen von Herrn Wolter, hier Lug und Trug vorgelegt zu haben, ausdrücklich zurück. Die Verwaltung habe versucht, Risiken im Haushalt darzustellen, aber auch die Potenziale. Und wenn die Verwaltung der Meinung ist, dass man durch die Ausschreibung der Bäder einen Effizienzgewinn erreichen kann und das in den Eckwerten auch so aufführt, dann habe sie auch eine Grundlage dafür. Bezüglich der Bäder habe sie bereits Gespräche geführt, die zu der Annahme berechtigen, dass die Stadt bei einer Ausschreibung 2 Mio. € erhalte.

Vor allem werde sie die Fachkonzepte in den einzelnen Bereichen intensiv überprüfen lassen, um evtl. Personalausgaben einsparen zu können. Das sei aber eine verwaltungsinterne Aufgabe, die ständig steht und deshalb wollte sie das nicht als Beschluss des Stadtrates mit aufführen. Der Haushalt könne aber nicht nur durch Einsparungen bei den Personalkosten ausgeglichen werden und die Stadt werde auch nicht mehr Zuweisungen bekommen, wenn sie vor den Landtag oder Bundestag zieht. Sie mache schon Druck und rede mit den entsprechenden Personen, dass die Entlastung gerade der großen Städte deutlicher sein muss, aber sie könne es nicht erzwingen. Wenn man dann die Haushaltskonsolidierung als Druckmittel nehmen würde, wäre die erste Frage die nach den freiwilligen Leistungen. Und im Falle einer Zwangsverwaltung werde nicht mehr diskutiert, da werden die freiwilligen Leistungen gestrichen und danach ginge es an das kommunale Vermögen.

Des Weiteren müsse man genau prüfen, was man an kommunalem Vermögen verkaufen wolle und abwägen, woraus Gewinne zu regenerieren sind und was auf Dauer ein Verlustgeschäft sei. Die Kommunalaufsicht konnte mit dieser Herangehensweise überzeugt werden, dass auf Dauer die Altlasten abgebaut werden können. Dass die Personalkosten durch die Tarifierhöhungen so steigen, konnte niemand wissen, aber deshalb werde man nicht mehr Zuschüsse durch das Land bekommen, sondern man werde genau auf diese beiden Punkte verweisen, freiwillige Aufgaben und kommunales Vermögen.

Bei den Stadtwerken ginge sie davon aus, dass diese im Jahr 2007 mehr Einnahmen erzielt haben als erwartet und somit die Stadt im Jahr 2008 mehr Zuschüsse bekomme.

Weiterhin habe das Land zugesichert, dass man im Jahr 2009, wenn das FAG nicht erhöht wird, die Kommunen trotzdem in dieser Größenordnung entlastet werden. Die Verwaltung sei dazu verpflichtet, eine solche Zusage in die Eckwerte aufzunehmen, auch wenn das nicht schriftlich vorliegt. Sie betonte, auch wenn alle Einnahmen so kommen wie geplant und durch die Überarbeitung der Fachkonzepte eingespart werden könne, müssen mindestens 3 Mio. € an freiwilligen Leistungen gekürzt werden. Außerdem müsse man prüfen, ob die kommunalen Unternehmen mehr an die Verwaltung zahlen können, als das in der mittelfristigen Planung vorgesehen war.

Die 1 Mio. € Mehraufwand für Brücken und Straßen seien unbedingt notwendig, da es Sicherheitsprobleme bei einigen Brücken gibt. Man könne nicht freiwilligen Leistungen aufrecht erhalten und gleichzeitig sei die Standsicherheit von Brücken gefährdet.

Sie wies auf die Hilfen zur Erziehung hin, hier greift das Konzept langsamer. Problemfamilien sind zu unterstützen und eine Orientierung und Lebensunterstützung ist zu geben. Deshalb wurden in den Eckwerten hier Korrekturen vorgenommen, das gleiche gilt auch für den Bereich Kultur, allerdings deshalb, weil es in der jetzigen Situation illusorisch wäre, dort 2 Mio. €

einzusparen. Die Eckwerte 2009 sollen eine Orientierung für die Haushaltskonsolidierung sein und die Verwaltung habe versucht, nach bestem Wissen und Gewissen die Risiken und Potenziale darzustellen. Der strukturelle Fehlbedarf 2007 war weniger als geplant und es ginge dabei nicht um Einmalzahlungen, d.h. Fehlbeträge seien weniger als geplant entstanden, somit sei die Konsolidierung strukturell.

Man könne auch mit 8 Mio. € an die freiwilligen Leistungen gehen, nur das werde eine soziale kulturelle Infrastruktur, wie sie Halle habe, nicht verkraften. Insofern sollte man Augenmaß haben und dass, was die Verwaltung vorgeschlagen habe, ist dieses Augenmaß.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass sich die Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados ganz gut und plausibel angehört haben. Aber wenn man es genau nehme, ist das eigentliche Problem damit nicht gelöst. Die Alternative, kommunales Vermögen verkaufen oder freiwillige Leistungen kürzen, damit strukturell die Zinsbelastung weniger wird, seien prinzipielle Methoden. Hier aber die 5,2 Mio. € einzubringen, wäre ganz deutlich eine Vermischung von Altlastensanierung und strukturellen Haushaltsdefiziten, wie es schon in der Haushaltskonsolidierung mit den Wohnungsgesellschaften gemacht wurde, dass die Erlöse, die an die Verwaltung abgeführt wurden, nicht für die Altlastensanierung genutzt wurden, sondern zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes.

Er ging zum Vermögenshaushalt über, hier wäre es richtig zu sagen, wenn die Verwaltung schon wirtschaftlich tätig sei und Gewinne erzielt, dann könne man diese für weitere Investitionen nutzen. Als Beispiel nannte Herr Bönisch die Stadt Erfurt, die einen Bedarf von 400 Mio. € für die Instandhaltung und Baumaßnahmen von Straßen ermittelt hat. In Halle habe man einen Ansatz im Vermögenshaushalt von nur 20 Mio. € insgesamt.

Man könne jetzt nicht nur kommunales Vermögen verkaufen oder freiwillige Leistungen kürzen, man müsse auch aus den Pflichtleistungen sparen und dort könne er keinen Beitrag der Kernverwaltung zur Haushaltskonsolidierung erkennen.

Die Verwaltung ginge nur davon aus, was an Ausgaben und Investitionen ansteht. Gerade im Vermögenshaushalt haben sich die Zahlen in den letzten Jahren verändert, insofern sei dieser Eckwertebeschluss eine düstere Perspektive, wenn nicht auch Entlastung aus den Pflichtleistungen und der Kernverwaltung komme. Bei den Pflichtaufgaben käme man auch der Vorbildwirkung nach und dass ein Bemühen erkennbar sei.

Die Umsetzung und Wirkung der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre sei nicht ersichtlich, das müsste aufgezeigt werden. Außerdem müsse alles, was von außen an neuen Belastungen hinzugekommen ist, dargestellt werden, damit plausibel wird, wo die Eigenleistungen der Stadt, des Kernhaushaltes oder der Kernverwaltung sind. Es müsste weiterhin aufgeführt werden, wo bereits Kürzungen bzw. Einsparungen vorgenommen wurden, welche Maßnahmen ergriffen wurden und was die kommunalen Unternehmen abführen. Bei den Wohnungsgenossenschaften wurden Schulden verschoben, die sind zwar nicht mehr im Haushalt, aber immer noch in der Stadt und wenn die Doppik eingeführt werde, dann werden diese Schulden wieder offenkundig.

Der eigene Beitrag der Verwaltung muss deutlicher ausfallen und die Perspektive, wie es mit dem Vermögenshaushalt weiter geht, müsse man ebenfalls benennen und dann sieht man, dass das Problem eigentlich viel größer ist, als es jetzt vermutet wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, als damals die Verwaltung dem Stadtrat Vorschläge zum Personalabbau gemacht hatte, hat es sich niemand leicht gemacht. Die Fachkonzepte wurden so umgesetzt, wie es der Stadtrat beschlossen hat. Es wurde Personal über Stunden reduziert und es werden jetzt erneut die Fachkonzepte überprüft. Von daher lasse sie sich nicht unterstellen, dass in der Kernverwaltung nichts gemacht wurde. Trotz allem müssen mindestens 3 Mio. € an freiwilligen Leistungen gespart werden. Die Verwaltung wird im Herbst einen Vorschlag unterbreiten, wo die 3 Mio. € eingespart werden könnten.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, stellte klar, dass er Frau Oberbürgermeisterin Szabados bzw. die Verwaltung nicht moralisch als Lügner oder Betrüger bezeichnet habe, sondern dass er sich als Stadtrat nicht ernst genommen fühlt, weil die von ihm gestellten Fragen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zum großen Teil in keiner Art und Weise von Herrn Beigeordneten Geier beantwortet wurden. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften habe gestern ein klares Votum abgegeben und in den heutigen Erläuterungen wurden durch die Verwaltung keine neuen Details hinzugefügt.

Er versteht zwar den Optimismus und könne jetzt teilweise nachvollziehen, weshalb die Verwaltung mit bestimmten Einnahmen plant, aber aufgrund der Rede von Frau Oberbürgermeisterin Szabados und Herrn Beigeordneten Geier könne er diesem Eckwertebeschluss nicht zustimmen.

Bei der letzten Diskussion ging es um die Budgetierung und die Budgetverantwortung der einzelnen Dezernate. Bei der jetzt vorgelegten Vorlage könne er nicht genau ermessen, ob die einzelnen Dezernate ihr Budget einhalten müssen. Herr Wolter fragte, wie der Eckwertebeschluss innerhalb der Verwaltung wirken soll und ob die Zuordnung der Eigenbetriebe zu der Personalkostensteigerung in diesen Budgets schon enthalten ist.

In der gestrigen Diskussion über den Wirtschaftsplan Eigenbetrieb wurde die Personalkostensteigerung dargelegt und dort war aufgeführt, dass den Eigenbetrieben überlassen ist, diese Tarifsteigerungen einzuarbeiten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass sie diese Budgets nach Dezernaten für nicht effektiv halte, darüber sei man sich in der Verwaltungsspitze auch einig. Man müsse den gesamten Haushalt sehen und man müsse innerhalb des gesamten Haushaltes sagen, an welcher Stelle verstärkt angesetzt werden muss.

Die Verwaltung sei dabei, das aufzuschlüsseln und jeden in die Verantwortung zu nehmen und nicht nur jeden für sein Dezernat, sondern jeden für den gesamten Haushalt.

In dem Eckwertebeschluss ist zwar noch die Aufstellung nach Dezernaten, wichtig sei aber der Haushalt insgesamt. Deshalb erwarte sie von den Beigeordneten ehrliche Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und sie sehe auch noch Bereiche der Stadtverwaltung, bei denen Einsparungen möglich sind.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktion FDP + GRAUE + WG VS 90, fragte nochmals, ob über den Eckwertebeschluss abgestimmt werden müsse und was passiert, wenn diesem nicht zugestimmt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass sie die Stadträte informieren wollte, damit sich Stadtrat und Verwaltung über diese Eckwerte einig sind und die Verwaltung damit eine Grundlage für den Haushaltsplan 2009 hat. Ihrer Meinung nach wäre es schon gut, wenn ein Votum abgegeben wird und der Stadtrat die Verwaltung in ihren Bemühungen dahingehend unterstützt, dass man wirklich keine andere Möglichkeit hat, als auch freiwillige Leistungen zu kürzen. Die Verwaltung wird dem Stadtrat Vorschläge unterbreiten, welche freiwilligen Leistungen gestrichen bzw. gekürzt werden sollten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., machte begreiflich, dass keine schriftlichen Zusagen für die 5,2 Mio. € und auch nicht für die Zinshilfen für die Jahre 2007 und 2008 vorliegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass es mündliche Zusagen gibt und dass es unrealistisch wäre, diese Einnahmen nicht mit aufzuführen. Auch das FAG wird 2009 nicht angehoben, wie es eigentlich im Koalitionsvertrag vorgesehen war, aber man werde über einen anderen Weg die Kommunen gleichstellen, so die Aussage der Landesregierung. Sie könnte die Einnahmen aus den mündlichen Zusagen auch aus den Eckwerten streichen, dann müsste man sich aber entsprechend über höhere Einsparungen bei den freiwilligen

Leistungen unterhalten. Ihrer Meinung nach könne man eine mündliche Zusage nicht ignorieren. Sie geht davon aus nach Rücksprache mit dem Innenministerium, dass der restliche Teil der Zinshilfen für das Jahr 2007 nach dem Prozess gegen Barleben gezahlt wird.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, ergänzte, dass die Restzahlung deshalb noch offen sei, da die gerichtliche Entscheidung zum Einspruch der abführenden Gemeinden noch aussteht.

Ein Teil der Zinshilfen wurde bereits in 2007 und 2008 gezahlt. Er werde diese Zusammenstellung den Fraktionen zur Verfügung stellen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie erfahren habe, dass der Prozess mit Barleben wegen der Umlage der Gewerbesteuer läuft und die Chancen, dass dieser Prozess gewonnen werde, sehr hoch ist. Sie habe das auch nochmals im Städte- und Gemeindebund angesprochen, so dass die Verwaltung davon ausgeht, dass der restliche Teil der Zinshilfen noch ausgezahlt wird.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, wies nochmals darauf hin, dass das Kernproblem ein anderes sei. Das strukturelle Defizit von 15 Mio. € wolle die Verwaltung u. a. mit 3 Mio. € freiwilligen Leistung ausgleichen. Er fragte, wie die Verwaltung die 5,2 Mio. € technisch einsetzen wolle. Es ginge nicht, als Minderung des strukturellen Defizites, die Mehreinnahmen aus 2007 in 2009 zu übertragen. Zum anderen könne er sich nicht vorstellen, wie die Verwaltung darstellen wolle, wenn sie eine Perspektive bringt und den Haushaltsansatz auf der Basis dieser Eckwerte mit dem plausibel gemachten 5,2 Mio. € macht, die bis jetzt nicht plausibel sind und dann bringt die Verwaltung eine Vorlage in diesem Jahr zur Haushaltskonsolidierung bis 2012. Er sehe bisher keinen Ansatz, an zusätzlichen Leistungen müsse noch zu viel erbracht werden. Die Abführungen aus den Betrieben, die im Vermögenshaushalt geplant werden, kann sich die Verwaltung auf Dauer nicht leisten. Die Haushaltsdiskussion im vergangenen Jahr war nicht grünlich genug. Dieses Jahr wurden rechtzeitig die Eckwerte und die Vorstellungen der Verwaltung vorgelegt und die Fraktionen sind auch gerne bereit konstruktiv mitzuarbeiten, dass die Stadt einen Haushalt vorlegen kann, den die Stadträte mit reinem Gewissen verabschieden können und nach außen plausibel erklären können, weshalb bestimmte Leistungen gekürzt werden mussten. Aber das könne er aber bisher nicht erkennen und könne dem Beschluss nicht zustimmen, da er nicht nachvollziehen kann, wie die 5,2 Mio. € strukturell wirken sollen.

Herr Bönisch teilte abschließend mit, dass nach dem Eckwertebeschluss die Haushaltskonsolidierungsansätze für die kommenden Jahre die nächste schwierige Aufgabe für die Verwaltung sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bemerkte, dass die Verwaltung auf jeden Fall einen Haushalt bringen werde. Ihr ginge es bei dem Eckwertebeschluss darum, dass die Fraktionen über die Haushaltsplanungen informiert und eingebunden sind und wissen, dass trotz möglicher Einsparungen in der Kernverwaltung man nicht darum herumkommen werde, freiwillige Leistungen zu kürzen.

Sie kündigte an, dass die Verwaltung das Haushaltsdefizit nicht über den Verkauf des kommunalen Vermögens ausgleichen wolle, sondern über die freiwilligen Leistungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

1. Verwaltungshaushalt

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2009 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Um den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einzuhalten, soll der derzeit dargestellte

Fehlbedarf um 3,0 Mio. Euro reduziert werden.

Die Verwaltung soll dem Rat diesbezüglich Vorschläge unterbreiten, die insbesondere aus dem Wegfall von freiwilligen Leistungen (Anlage 1) resultieren.

Der Entwurf wird sich an den strategischen Zielen orientieren.

2. Vermögenshaushalt

Das Haushaltsjahr 2009 soll ohne eine Neuaufnahme von Krediten geplant werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

zu 5.3 Vereinbarung zu strategischen Zielen Vorlage: IV/2007/06669

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass die in vorangegangenen Beratungen angesprochenen Hinweise und Vorschläge über die strategischen Ziele zusammenfassend in der Vorlage berücksichtigt wurden.

Die Frage, ob es zwischenzeitlich Veränderungen gegeben habe, verneinte Frau Hock.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass beim heutigen Kita-Sportfest des USV Halle darum gebeten wurde, das Thema Sport anzusprechen. In der Vorlage ist der Sport nicht zu finden. Wenn Sport nicht zu den strategischen Zielen der Stadtverwaltung gehöre, brauche man auch nicht über ein neues Stadion zu diskutieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, dass unter dem Ziel: „Profilierung als familien-, bildungs- und gesundheitsfördernde Stadt“, speziell unter gesundheitsfördernd, der Sport dazu gehört.

Herr Hajek, Fraktion FDP + GRAUE + WG VS, stellte den Änderungsantrag, „Sport“ als eigenständiges Wort hinzuzufügen, so dass das strategische Ziel dann heißen sollte: „Profilierung als familien-, bildungs-, gesundheits- und sportfördernde Stadt“.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stellte fest, dass nicht ein einziges Ziel den sozialen Ausgleich definiert. Die Stadt Halle habe kein gutes Image, gerade deshalb sei es wichtig, das Ziel des sozialen Ausgleichs hinzuzufügen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass dies eine Grundaufgabe sei und deshalb kein strategisches Ziel. In vorangegangenen Besprechungen habe sie genau das auch angesprochen und man habe ihr gesagt, dass es für die Verwaltung eine verfassungsrechtlich auferlegte Aufgabe sei, dass ganz speziell die Kommunen für den sozialen Ausgleich zu sorgen haben. Deswegen sei die Stadt Träger der Jugendhilfe, Träger der Sozialhilfe usw.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, brachte zum Ausdruck, dass wegen der Außenwirkung das Ziel des sozialen Ausgleichs trotz allem hinzugefügt werden sollte. Er stellte den Änderungsantrag, das strategische Ziel unter Punkt 2, 6. Anstrich wie folgt zu nennen: „Profilierung als soziale, familien-, bildungs- und gesundheitsfördernde Stadt“.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte nochmals, dass der soziale Ausgleich kein strategisches Ziel sein könne, da es wie auch die nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes

eine Grundvoraussetzung sei. Sie machte den Vorschlag, den letzten Satz unter Punkt 2 wie folgt zu ergänzen: „... und die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs“.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktion FDP + GRAUE + WG VS, bekräftigte den Änderungsantrag von Herrn Hajek, den Sport hinzuzufügen sowie den Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados, die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs bei den Voraussetzungen der Haushaltskonsolidierung hinzuzufügen.

Er fragte Frau Hock, ob der Sport in der Arbeitsgruppe für die strategischen Ziele thematisiert worden war.

Frau Hock erwiderte, dass sich in der Arbeitsgruppe damals so verständigt wurde, den Sport unter gesundheitsfördernd zu profilieren.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, zog seinen Antrag zurück.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob die Ziele auch dann gelten, wenn es nicht möglich sei, diese über den Haushalt zu finanzieren. Des Weiteren wies er darauf hin, dass man redaktionell auf Kleinigkeiten wie Singular und Plural achten müsse, z. B. in dem Ziel: „Profilierung als Stadt der Wissenschaften, der Hochtechnologie und der Innovationen“. Das Wort „Hochtechnologie“ sollte ebenfalls im Plural aufgeführt werden. Er bemängelte den Beschlussvorschlag: „Der Stadtrat und die Oberbürgermeisterin...sind sich darüber einig...Dabei ist Halle als Bürgerkommune zu profilieren.“

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass es sich dabei um eine Vereinbarung zwischen Stadtrat und Verwaltung handelt.

Frau Hock fügte hinzu, dass im Jahr 2005 schon einmal darüber gesprochen wurde und damals habe es die Entscheidung in einem Hauptausschuss gegeben, dass es nicht zu einem Beschluss kommen sollte, sondern zu einer Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und dem Stadtrat. Und das wurde mit der jetzigen Vorlage umgesetzt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies Herrn Bönisch darauf hin, dass die Verwaltung für diesen Beschlussvorschlag nicht verantwortlich gemacht werden kann, da der Vorschlag einer Vereinbarung von den Fraktionen kam.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, äußerte, dass es eine Arbeitsgruppe gegeben habe, die sich mit den strategischen Zielen beschäftigt hat, an der auch alle Fraktionen beteiligt waren. Sie habe angenommen, dass die jetzt vorliegende Beschlussvorlage das Resultat der Arbeitsgruppe sei. Aber jetzt werde alles erneut diskutiert, da könne man sich solche Arbeitsgruppen in Zukunft sparen.

Frau Hock informierte, dass in der Arbeitsgruppe Vertreter aus allen Fraktionen anwesend waren und der Vertreter der CDU-Fraktion von vornherein signalisiert habe, dass sie sich hier raushalten und nicht in die Vereinbarung eintreten werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wiederholte die Änderungsvorschläge. Das unter Punkt 2 genannte dritte strategische Ziel werde wie folgt geändert: „Profilierung als Stadt der Wissenschaften, der Hochtechnologien und der Innovationen“.

Der letzte Satz unter Punkt 2 werde wie folgt geändert: „Grundvoraussetzung dafür sind die nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes und die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs.“

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zum Änderungsantrag von Herrn Hajek:

zu 5.3.1 **Änderungsantrag des Hauptausschusses zur Beschlussvorlage
"Vereinbarung zu strategischen Zielen" (Vorlage-Nr.: IV/2007/06669)
Vorlage: IV/2008/07338**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 – Unterpunkt 6 – des Beschlussvorschlages wird geändert und lautet neu wie folgt:

- *Profilierung als familien-, bildungs-, gesundheits- **und sportfördernde** Stadt.*

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass diese Änderung als Antrag des Hauptausschusses in den Stadtrat eingebracht werden müsste.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur so geänderten Vorlage:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlusspunkt 2 - Unterpunkt 6 - wurde durch ÄA modifiziert.

Beschlusspunkt 2 - letzter Satz - wurde durch die Verwaltung modifiziert.

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

1. *Der Stadtrat und die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) sind sich darüber einig, dass mit den unter Nr. 2 genannten strategischen Zielen dem Bevölkerungsrückgang entgegengesteuert und eine gesunde, nachhaltige Stadtentwicklung erreicht werden soll.
Dabei ist Halle als Bürgerkommune zu profilieren.*
2. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin überein, dass die strategischen Ziele*
 - *Förderung eines kreativen Klimas in der Stadt*
 - *Positives Image nach Innen und Außen verbessern*
 - *Profilierung als Stadt der Wissenschaften, der Hochtechnologien und der Innovationen*
 - *Überregionale Wahrnehmung als Stadt der Kultur und Bildung stärken*
 - *Profilierung von Halle als unternehmensfreundliche Stadt*
 - ***Profilierung als familien-, bildungs-, gesundheits- und sportfördernde***
 - ***Stadt***
 - *Halle - anerkannte Stadt in der europäischen Metropolregion*
 - *Mitteldeutschland*
 - *Halle stärkt den Süden von Sachsen-Anhalt*

wesentliche Bestandteile der Umsetzung sind.

Grundvoraussetzung dafür *sind* die nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes **und die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs.**

3. Die Oberbürgermeisterin wird im 2. Quartal des jeweils folgenden Jahres dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) über den Stand der Umsetzung berichten. Der jeweilige Haushaltsplan und die Kennzahlen aus dem Nachhaltigkeitsinformationssystem der Stadt Halle (Saale) IGNIS werden den Rahmen bilden.

zu 5.4 Gründung der "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" **Vorlage: IV/2008/07224**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Lork, Leiter der BMA, darum, die beschlossenen Veränderungen der Vorlage im letzten Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu erläutern.

Herr Lork führte aus, dass es Modifikationen hinsichtlich von Regelungen im Gesellschaftsvertrag gegeben habe. Der Gesellschaftsvertrag sei als Anlage 2 mit den beschlossenen Änderungen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beigefügt.

Er stellte die Änderungen dar:

Im § 9 (1) wurde die Arbeitgeberseite klar gestellt. Neben der Oberbürgermeisterin gehören auch die von der Stadt Halle zu entsendenden 5 Mitglieder zu den Arbeitgebervertretern.

Im § 11 (5) wurde die prozessuale Gleichbehandlung beim Gastrecht klargestellt und deutlicher formuliert. Es können der Geschäftsführung und der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ein Gastrecht eingeräumt werden.

Im § 14 (4) ergab sich die Klarstellung, den Landesrechnungshof hinzuzufügen, aus dem § 126 GO-LSA.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, lobte die gut aufgearbeiteten und übersichtlich dargestellten Änderungen in der Vorlage.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass die Form der Vorlage sehr gut dargestellt ist und sie überlege, diese Verfahrensweise bei Änderungen in Vorlagen beizubehalten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, stellte den Änderungsantrag, dass im § 4 und entsprechend in den folgenden §§ die Bezeichnung „die“ bzw. „mehrere Geschäftsführer“ grundsätzlich durch „der“ oder „einen Geschäftsführer“ ersetzt wird. Die Gesellschaft hat nur einen Geschäftsführer.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zum Änderungsantrag von Frau Dr. Bergner:

zu 5.4.1 Änderungsantrag des Hauptausschusses zur Beschlussvorlage "Gründung der 'Theater, Oper und Orchester GmbH Halle'" (Vorlagen- Nr.: IV/2008/07224) Vorlage: IV/2008/07339

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Gesellschaftsvertrag wird dahin gehend geändert, dass die Bezeichnung „die“ bzw. „mehrere Geschäftsführer“ grundsätzlich durch „der“ oder „einen Geschäftsführer“ ersetzt wird. Die Gesellschaft hat nur einen Geschäftsführer.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Änderung als Antrag des Hauptausschusses in den Stadtrat aufzunehmen ist, da der Hauptausschuss nicht endgültig beschließend sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der geänderten Vorlage:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form/Text):

- 1. Die Stadt Halle (Saale) gründet ein Mehrspartenhaus in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000,00 Euro unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in das die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartenhauses einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.*
- 2. Die Art und Weise der Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die Gesellschaft bleibt einem gesonderten Stadtratsbeschlusses im November 2008 vorbehalten.*

Gegenstand des Stadtratsbeschlusses sollen insbesondere folgende Aspekte sein:

- Aufbauorganisation*
- Personalüberleitung*
- Übertragung des Anlagevermögens*
- Wirtschaftsplan für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01. Januar 2009 bis zum 31. Juli 2009 und für den Mittelfristzeitraum der Jahre 2009 bis 2013*
- Kenndaten zur Angebotsstruktur der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*

Die temporäre Arbeitsgruppe begleitet den Prozess weiter.

- 3. Die Gesellschaft ist mitbestimmt im Sinne des Gesetzes über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.*
- 4. Zum Geschäftsführer der Gesellschaft wird Herr Rolf Stiska bis zum 31. Dezember 2010 bestellt.*
- 5. Der Aufsichtsrat besteht aus der Oberbürgermeisterin und weiteren 8 Mitgliedern, 3 Mitglieder davon werden über die Arbeitnehmerseite bestimmt.*
- 6. Die Oberbürgermeisterin vertritt die Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung.*

7. Für die Gründungsphase vom 25. Juni 2008 bis zum 31. Dezember 2008 wird der aus der Anlage 1/1 bis 1/5 ersichtliche Wirtschaftsplan mit den Teilplänen

- Gewinn- und Verlustrechnung
- Bilanz
- Kapitalflussrechnung
- Investitionen
- Personal

beschlossen.

8. Die in der Vorlage dargestellten Kosten für den städtischen Haushalt werden außerplanmäßig für das Haushaltsjahr 2008 auf der Grundlage der angegebenen Deckungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

9. Der Gesellschaftsvertrag der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der aus der Anlage 2 ersichtlichen Fassung beschlossen.

10. Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung sind dem Hauptausschuss bekanntzugeben.

Durch Änderungsantrag wurde beschlossen, dass in der Anlage 2 der Gesellschaftsvertrag dahin gehend geändert wird, dass die Bezeichnung „die“ bzw. „mehrere Geschäftsführer“ grundsätzlich durch „der“ oder „einen Geschäftsführer“ ersetzt wird. Die Gesellschaft hat nur einen Geschäftsführer.

zu 5.5 Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China) Vorlage: IV/2008/07282

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab Erläuterungen zu der Vorlage und machte deutlich, dass das Ziel sei, günstige kommunalpolitische Voraussetzungen für eine kontinuierliche und effektive Zusammenarbeit in den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus zu schaffen.

Die Städtepartnerschaft sei erst dann ratifiziert, wenn der Partnerschaftsvertrag im Stadtrat beschlossen ist. Die Verwaltung habe jetzt nur den Auftrag, diesen Partnerschaftsvertrag vorzubereiten. Wann dieser letztendlich abgeschlossen werde, sei auch davon abhängig wie schnell man sich mit der potenziellen Partnerstadt einigen könne. Bevor sie jedoch mit Verhandlungen beginnt, wolle sie die Klarheit, dass diese Partnerschaft auch gewollt ist.

Sie wies darauf hin, dass mit der Stadt Jiaxing schon seit mindestens 2 Jahren Kontakte bestehen. Es wurde sich beraten, Vertreter dieser Stadt waren auch in Halle und im Oktober 2006 habe man sich schriftlich geeinigt, einen Partnerschaftsvertrag zu entwerfen.

Entsprechend beigefügtem Bericht gab es im Oktober letzten Jahres eine Reise in diese Stadt, wo die Stadt Jiaxing signalisiert habe, diese Partnerschaft sehr gern eingehen zu wollen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, stand der Städtepartnerschaft an sich positiv gegenüber, würde es aber zur gegenwärtigen Zeit für den falschen Zeitpunkt halten, einen Vertrag abzuschließen, da im Zuge der in diesem Jahr in China stattfindenden Olympischen Spiele einiges vorgefallen ist.

Sie informierte über den beigefügten Bericht aus der Zeitschrift „Die Zeit“, der die Stadt und die Region beschreibt.

Sie fragte, ob es nicht sinnvoll sei, die Olympischen Spiele abzuwarten.

Weiterhin fragte sie nach einem Schüleraustausch, der in diesem Jahr stattfinden soll und ob zum Laternenfest 2008 eine Delegation aus Jiaying nach Halle eingeladen wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados konnte zu dem geplanten Schüleraustausch keine Informationen geben. Was das Laternenfest betrifft, wurde eine Einladung indirekt von unserer Delegation im Rahmen der Reise letztes Jahr ausgesprochen. Offiziell eingeladen habe sie aus dem Grunde noch nicht, weil sie erst die Bereitschaft der Stadträte zu dieser Städtepartnerschaft sicherstellen wollte. Und da das Laternenfest Ende August stattfindet, müsse man jetzt entscheiden und reagieren.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass seines Erachtens nicht die Stadträte, sondern Herr Klose von den Stadtwerken die Einladung ausgesprochen hätte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass man in solchen Fällen nicht unbedingt unterscheidet, von wem die Einladung ausgesprochen wurde. Sie wisse außerdem von Herrn El-Khalil, dass er ebenfalls diese Einladung ausgesprochen habe.

Wenn die Mitglieder des Hauptausschusses zustimmen, würde Frau Oberbürgermeisterin Szabados die Einladung zum Laternenfest für eine Delegation aus Jiaying offiziell aussprechen.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sprach sich gegen diese Städtepartnerschaft aus. Der erste Punkt sei bezogen auf die Diskussionen im TOP 5.2 zu den Eckwerten des Haushaltsjahres 2009. Wenn man die Städtepartnerschaft nicht eingeht, würde man Kosten z. B. für Einladungen usw. sparen und man würde somit einen Beitrag leisten, die 3 Mio. € bei den freiwilligen Leistungen zu erwirtschaften. Der zweite Punkt sei, dass Halle so viele Städtepartnerschaften habe, die eigentlich gar nicht richtig belebt sind. Man sollte lieber weniger Städtepartnerschaften haben, aber dafür intensiver.

Herr Prof. Dr. Schuh bat darum, dass die Verwaltung darlegt, welche Städtepartnerschaften Halle habe und wie diese ausgefüllt sind und welche Kosten der Stadt bisher entstanden sind.

Die Verwaltung könne nicht einerseits sagen, wir gehen eine neue Städtepartnerschaft ein und andererseits ist kein Geld da. Eine Städtepartnerschaft sei mit Kosten verbunden, man brauche im Haushaltsplan ein Budget dafür und dann könne man entscheiden, ob man die Städtepartnerschaften erweitert.

Der dritte Punkt sei die eigentliche Einladung für Jiaying. Er sei oft in diesen Regionen gewesen und dort nehme niemand so eine Einladung ernst, das sei einfach nur höflich.

Herr Prof. Dr. Schuh brachte weiterhin zum Ausdruck, dass diese Städtepartnerschaft aus seiner Sicht jetzt überhaupt nicht möglich sei. Man wisse nicht wie die Olympischen Spiele ablaufen und es ist unklar, was dort noch passieren wird.

Grundsätzlich sei er aber der Meinung, dass man mit einer Stadt mit einer derartigen Diktatur, wo die Bevölkerung unterdrückt wird, Kinderarbeit gefördert wird, 80 Mio. Wanderarbeiter mit einem Gehalt von 2 € pro Tag bei 12 Stunden Arbeit keine Städtepartnerschaft eingehen sollte.

Weiterhin habe er noch nie gehört, dass eine Universität eine Stadt braucht, um Kontakte für internationale Forschungskonzepte zu pflegen. Das habe keine Universität nötig. Im Gegensatz dazu versuche man in Bonn zu vermeiden, dass 1 Mio. Chinesen dort studieren, da sie Studiengebührenfreiheit haben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte nochmals, dass sie bisher keine offizielle Einladung ausgesprochen habe. Allerdings habe die gesamte Delegation, die voriges Jahr in Jiaxing gewesen war und das waren nahezu alle Fraktionen, die Aufnahme einer solchen Partnerschaft sehr begrüßt.

Zur Anfrage von Herrn Prof. Dr. Schuh bezüglich anderer Partnerschaften verwies sie auf einen ausführlichen Bericht, den der Stadtrat Anfang/Mitte 2006 zur Kenntnis genommen hat, wo die Aktivitäten mit den Partnerstädten aufgeführt waren. Inzwischen sei es so, dass man als Verwaltung auch nicht alle Aktivitäten aufführen könnte, da vieles über Vereine, Verbände, Schulen usw. läuft. Weiterhin führte sie auf, dass es mit Ufa, Oulu, Linz, Grenoble, Coimbra und Karlsruhe ratifizierte Verträge gibt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie den Bericht von 2006 nochmals zur Verfügung stellen wird und eine Übersicht der danach bekannten Aktivitäten mit Partnerstädten.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., fragte Herrn Prof. Dr. Schuh, ob seine Argumente gegen diese Partnerschaft auch gelten, wenn es um wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und China ginge. Spiele da Ausbeutung, Missachtung von Menschenrechten usw. keine Rolle?

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erwiderte, dass diese Diskussion schon im Zusammenhang mit der Einladung geführt wurde und er jetzt nicht alles wiederhole. Er äußerte, dass er durchaus nicht mit jedem Geschäft abschließen würde.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, sprach sich grundsätzlich für Städtepartnerschaften aus, äußerte aber gleichzeitig auch seine Bedenken zu China. Es werde eine große Herausforderung mit dem asiatischen Raum in Wechselwirkung zu treten. Das sollte man auch tun, aber nicht über aufgesetzte Verträge, sondern über Beziehungen, die z. B. über Universitäten gehen. Er war der Meinung, dass sich diese Partnerschaft erst noch entwickeln müsse, deshalb sollte man mit Jiaxing in Verbindung bleiben, aber zum jetzigen Zeitpunkt sei es für einen Städtepartnerschaftsvertrag zu früh.

Frau Ilse, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, widersprach den Ausführungen von Herrn Bartl, weil er sich nicht klar für oder gegen diese Städtepartnerschaft äußerte.

Sie stimmte der Städtepartnerschaft zu. Gerade wenn es um die politischen Beweggründe geht, werde immer gern die Städtepartnerschaft mit Karlsruhe angesprochen. Früher war Ostdeutschland auch eine Diktatur und damals waren die DDR-Bürger dankbar für diese offiziellen Kontakte nach Westdeutschland.

China sei in Sachsen-Anhalt mit über 4.000 Studenten die größte Gruppe an ausländischen Studenten. Und das zeigt, dass diese Menschen nicht nur an unserem Wissen, sondern auch an unserer Gesellschaft Interesse haben.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktion FDP + GRAUE + WG VS 90, hielt es für vermessen, dass die Stadt Halle als kleines mitteldeutsches Städtchen, was auf keiner Karte im großchinesischen Reich erscheinen wird, mit einer Millionenstadt am südchinesischen Meer eine Partnerschaft aufbauen wolle, noch dazu mit einer Stadt in einer Diktatur, die menschenverachtend ist und Minderheiten unterdrückt. Seines Erachtens sollte man die bestehenden Städtepartnerschaften beleben, da könne man noch viel tun und dort sei noch viel möglich.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, bat darum, mit der Entscheidung über diese Städtepartnerschaft zu warten, bis die Olympischen Spiele vorbei sind. Sie machte den Vorschlag, die Vorlage zurückzuziehen und nach den Olympischen Spielen erneut einzubringen und zu diskutieren.

Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, konnte die Bedenken bezüglich des Zeitpunktes einerseits nachvollziehen. Andererseits ginge es nicht um die Bestätigung eines Staatssystems, sondern um Begegnung von Menschen und deshalb sei diese Städtepartnerschaft für ihn unterstützenswert. Auch der Zeitpunkt sei richtig, weil Vertreter des Stadtrates ganz klar und deutlich der Oberbürgermeisterin ein Signal für diese Partnerschaft gegeben haben. Das war die Idee der Fraktionen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, teilte mit, dass ihre Ausführungen nicht die Meinung ihrer Fraktion, sondern ihre eigene Meinung war.

Herr Dr. Brockmann, SPD-Fraktion, äußerte, dass die angebahnten Beziehungen zur Wirtschaft und auch zur Universität nicht wesentlich durch den formellen Abschluss der Städtepartnerschaft gefördert werden.

Er brachte zum Ausdruck, dass diverse Einladungen an den Rektor der Universität in Ufa mit dem Argument, er bekomme das Fahrgeld nicht zusammen, abgelehnt wurden. Wenn der Wille da wäre, würde man auch die finanziellen Mittel dafür finden.

Er fragte, wer bei der Stadt Jiaxing die Vertreter für die Partnerschaft mit Halle sind, die Volkskommune oder die Partei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass es dort eine Stadtregierung gibt wie auch in Halle, d. h. es sei dort eine Kommune, zu der man genauso eine Partnerschaft aufbauen könne wie zu anderen Städten auch. Sie verwies auf eine Delegation unter Leitung des Vizepräsidenten des Stadtparlamentes, die im Oktober 2006 in Halle gewesen war.

Herr Krause, SPD-Fraktion, schlug vor, zum Ende der Diskussion zu kommen, da es anhand der Diskussionen für jeden eine Art Gewissensentscheidung sei, ob man für oder gegen diese Städtepartnerschaft ist und die Meinung des anderen sollte respektiert werden. Er werde der Vorlage zustimmen, er sei in etwa der Auffassung von Frau Ilse. Turbulenzen und Auseinandersetzungen werde es zu jeder Zeit geben und werden auch immer möglich sein.

Er habe positive Erfahrung gemacht und die Menschen schöpfen aus solchen Erlebnissen Hoffnung, trotz der Probleme in ihrem Land. Aus diesem Grund wird er der Partnerschaft zustimmen und dabei sei der Zeitpunkt nicht relevant.

Weiterhin bemerkte er, dass man in gewisser Weise schon eine Verbindung eingegangen ist und diese sollte man jetzt auch fortführen mit dem Gedanken, dass man das in Verantwortung für die Menschen tut, die in dieser Region leben. Man müsse auf die Menschen dort zugehen.

Damals war es bei den Städtepartnerschaften zwischen Ost- und Westdeutschland auch nicht anders.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte abschließend mit, dass vor allem die Fraktionen nach ihrer Reise im letzten Jahr auf die Städtepartnerschaft mit der Stadt Jiaxing gedrängt haben.

Da es noch Klärungsbedarf gibt, zog sie die Vorlage zurück und wird sie im August 2008 erneut einbringen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass sie für die Partnerschaft sei und alles tun werde, damit diese Partnerschaft zustande kommt.

Sie werde die jetzt diskutierten Informationswünsche berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Die Behandlung der Vorlage erfolgt nach der Sommerpause 2008 im Hauptausschuss und Stadtrat.

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat stimmt der Städtepartnerschaft zwischen den Städten Halle (Saale) und Jiaxing zu.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, den Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages zwischen Halle (Saale) und Jiaxing vorzubereiten mit dem Ziel, günstige kommunalpolitische Voraussetzungen für eine kontinuierliche und effektive Zusammenarbeit in den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus zu schaffen.*
3. *Der administrativ abgestimmte Städtepartnerschaftsvertrag wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.*

**zu 5.14 Zweckvereinbarung zur Regelung der bauaufsichtlichen Zuständigkeiten im Plangebiet für Bauanträge und für die Bauüberwachung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1 des Planungsverbandes "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 " vom Oktober 2002
Vorlage: IV/2008/07264**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados übergab Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack die Leitung der Sitzung.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der Zweckvereinbarung zur Zuständigkeit im Baugenehmigungsverfahren mit dem Landkreis Saalekreis zu.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Information zum Tarifwechsel am 01.08.2008 im Geltungsbereich des MDV** **Vorlage: IV/2008/07202**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados übernahm die Leitung der Sitzung wieder.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte, bezogen auf die Mitteilung, was die Sparling-Abo-Karte genau beinhaltet und warum es diese nur in Leipzig gibt.

Herr Roesler erwiderte, dass dies ein Umlandtarif der Leipziger Verkehrsbetriebe sei. Diesen Tarif gibt es, da die Personen, die aus dem Umland von Leipzig kommen die Problematik der mehrfachen Zonen haben.

In Halle sei es nicht ganz so problematisch, hier gibt es einen relativ guten 2-Zonen-Tarif für alle, die aus dem Umland nach Halle kommen.

Momentan sehe er keine Möglichkeit, dass ein solcher Tarif, wie er in Leipzig angeboten wird, durch die HAVAG einführen zu können.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fügte hinzu, dass er diese Tarife nicht nachvollziehen könne, die Sparling-Abo-Monatskarte Leipzig + 1 angrenzende Tarifzone ist übertragbar und kostet im Monat 26,67 und eine Abo-Monatskarte in Halle kostet 37,10 €. Er bat um Erläuterung.

Des Weiteren sprach er sich auch gegen eine kostenpflichtige Mitnahme von Fahrrädern aus.

Herr Roesler erläuterte, dass die Sparling-Abo-Karte für die Zone Leipzig und auch für weitere Tarifzonen erhältlich ist. Sie ist auch auf andere Personen übertragbar und gilt an allen Tagen jeweils von 10:00 bis 15:00 Uhr und von 19:00 bis 01:00 Uhr des Folgetages. Von 15:00 bis 19:00 Uhr mit Zuzahlung einer Einzelfahrt Kind je Fahrt und Preisstufe sowie am 1. Werktag des Folgemonats von 10:00 bis 12:00 Uhr. Ist dieser Werktag ein Samstag gelten die Karten von 10:00 bis 12:00 Uhr des nächst folgenden Werktages.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ergänzte, dass die Tarife auch etwas damit zu tun haben, welche Zuschüsse die Städte an ihre Verkehrsbetriebe zahlen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass der Bildungsausschuss Probleme hat mit der jetzt geltenden Regelung der Monats- und Jahreskarten für Schüler und bat die Verwaltung um Unterstützung, eine flexiblere Variante zu finden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Geier, mit der HAVAG diesbezüglich in Verhandlungen zu treten, da er sie im Aufsichtsrat der HAVAG vertrete.

Weiterhin sprach sie sich für die kostenpflichtige Mitnahme der Fahrräder aus, allerdings nur in den Stoßzeiten, wenn die Straßenbahnen voll sind. In den anderen Zeiten sollte man das Fahrrad kostenlos mitnehmen können. Sie bat Herrn Geier darum, das ebenfalls bei der HAVAG anzusprechen.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte aus einer Bürgerfragestunde ihrer Fraktion mit, dass der erste Bereich des Spielplatzes Pestalozzipark soweit fertig sei und dass es dabei auch um Seniorenspielplätze geht, d. h. um sportliche Angebote für Senioren. Es finden Be-

ratungen mit Wohnungsgesellschaften statt, inwieweit man das ausbauen könnte, ohne dass der Stadt Kosten entstehen. Das sei momentan noch sehr visionär, aber es gibt zumindest Bürger, die sich dafür interessieren, auch in der Erwartung, dass die Stadt das positiv unterstützt.

Man sei dabei eine Bürgerinitiative zu gründen und in Abstimmung mit den Wohnungsgesellschaften hat sie Mitarbeiter der Verwaltung zu der morgigen Veranstaltung eingeladen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados hob hervor, dass sie Initiativen, die von den Bürgern kommen, immer unterstützt. Sie bat aber auch darum, dass zukünftig ein offizielles Schreiben entweder ihr oder dem entsprechenden Beigeordneten zugeht.

Sie bat Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack und Herrn Dr. Marquardt darum, sich miteinander abzustimmen, wer daran teilnimmt.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., informierte, dass im Gesundheits-, Sozial- und Gleichstellungsausschuss zum wiederholten Mal die Frage gestellt wurde, wie es mit den Beauftragten, speziell mit dem Behinderten- und der Drogenbeauftragten der Stadt Halle weiter geht. Die Beauftragten und ihre Funktionen sind mit Stadtratsbeschluss gewählt worden. Es existiere die Meinung, dass die Stadtratsbeschlüsse in irgendeiner Weise verändert werden müssten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Stadtrat damals einen Behindertenbeauftragten bestimmt hat und dieser wird auch bleiben. Etwas anders stelle es sich mit der Drogenbeauftragten dar, sie scheidet Anfang nächsten Jahres aus. Es wurde bereits mit der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft und der Koordinatorin überlegt, ob man evtl. durch Bündelung von Aufgaben die beiden Bereiche zusammenführen könnte. Vorher müsse allerdings noch ein entsprechender Beschluss im Stadtrat gefasst werden. Das könnte auch im Rahmen einer Haushaltsplanung geschehen. Es wird in die Haushaltsplanung 2009 aufgenommen und wenn es ein formeller Beschluss sein soll, dann würde die Verwaltung dem Rechnung tragen.

Frau Ute Haupt regte an, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados in ihrer Eigenschaft als OB den Stadtrat darüber informiere.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados möchte das vorher gern noch mit den Beigeordneten Herrn Dr. Wiegand und Herrn Dr. Marquardt besprechen. Es gehe um die Drogenbeauftragte und der Koordinationskreis Drogen und die psychosoziale Arbeitsgemeinschaft arbeiten wirklich so gut, dass man diese mit gutem Gewissen zusammenführen könne.

Frau Ute Haupt, Fraktion Die LINKE., wurde in Bürgerfragestunden ihrer Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass im halleschen Süden gegenüber dem Sozialamt bzw. am ehemaligen Jugendclub bei einer Baumaßnahme eine Treppenstufe erneuert wurde, zwei weitere, die sich auf diesem Weg befinden, aber nicht. Jetzt bestehe die Vermutung, dass die bauausführende Firma Pleite gegangen ist.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bestätigte die Vermutung, dass die Baumaßnahme wegen dem Niedergang der Firma bisher nicht zu Ende gebracht wurde. Es wurde schon nach einem neuen Auftragnehmer gesucht und die Baumaßnahme werde selbstverständlich zu Ende geführt.

Frau Ute Haupt, Fraktion Die LINKE., informierte über Probleme bei Wegerechten auf der Silberhöhe und würde sich dazu gern außerhalb des Hauptausschusses mit dem zuständigen Beigeordneten verständigen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob der Verwaltungsspitze bekannt sei, dass die EVH der Eissporthalle nächste Woche den Strom abschaltet?

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, antwortete, dass der Strom in der Eissporthalle nicht abgedreht wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies die Beantwortung dieser Anfrage in den nicht öffentlichen Teil.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, informierte über Initiativen von Fördervereinen für Schulen, bei denen Schüler in Eigeninitiative etwas für ihr Schulgebäude tun und investieren. In diesem speziellen Fall handelt es sich um den Einbau von Thermostaten in einer Grundschule. Die Eltern der Schüler fragen, ob sie die eingesparten finanziellen Mittel für ihre Schule verwenden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie solchen Aktionen sehr positiv gegenüber steht und ist der Meinung, dass man Schüler und Eltern mit einbeziehen sollte. Es gibt ein Konzept „Klimaschutz macht Schule“ und Maßnahmen dieser Art könnte man dort mit einbeziehen. Der Klimaschutz muss ernster genommen werden und die Verwaltung ist dabei, eine grundsätzliche Lösung zu finden.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, wird beauftragt, einen Vorschlag für die nächste Ausschusssitzung des EB ZGM fundiert vorzubereiten.

Danach wird es unmittelbar im Hauptausschuss und Stadtrat behandelt.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, informierte, dass ein Verein oder eine Bürgerinitiative bei der Stadt eine städtische Turnhalle anmieten und diese mit Eigenmitteln in Höhe von ca. 150 T€ instand setzen möchte. Durch das Angebot von Boxtraining in der Turnhalle möchten sie junge Leute von der Straße holen. Es ginge um eine Größenordnung zwischen 150 bis 200 Jugendliche.

Dieses Projekt gab es bereits in Berlin und war sehr erfolgreich.

Er fragte, ob das in der Verwaltung bekannt sei und ob ein Schreiben des Vereins vorliege?

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, bestätigte den Eingang des Schreibens, welches seit dem 11.04.2008 der Verwaltung vorliegt.

Momentan wird der Antrag geprüft. Es ginge um 25 bis 30 T€ Betriebskosten, die die Stadt zu zahlen hätte. Dieses Geld steht nicht zur Verfügung.

Das Projekt ist sehr begrüßenswert, deshalb werde versucht, die Mittel aufzutreiben.

Weiterhin wird versucht, über den Haushalt eine Möglichkeit zu finden, dass auch für die folgenden Jahre dieser Betrag zugesichert werden kann.

Die Prüfung wird einige Zeit in Anspruch nehmen, da es sich um eine beträchtliche Summe handelt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass die Verwaltung den Antrag genau prüfen wird, ob sich die Stadt das in der jetzigen Situation leisten kann und auch, ob es der Stadt etwas an sozialer Kompetenz und sozialem Ausgleich bringt. Herr Dr. Wiegand wird nach der Prüfung einen Vorschlag in die Beigeordnetenkonferenz einbringen. Danach wird es eine Information im Hauptausschuss geben.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, hatte im Rahmen des Händel-Open und Eröffnung der Händel-Festspiele negative Resonanz erfahren.

Er fragte, wer dafür zuständig sei und ob es schon eine Auswertung der Händel-Festspiele

insgesamt gab?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass Herr Dr. Wiegand dafür zuständig sei und dass es noch eine Auswertung der Händelfestspiele geben wird.

Eine Vorauswertung hat es bereits gegeben und Herr Dr. Wiegand wurde gebeten, alle Hinweise und Anregungen zusammenzufassen und für eine Sitzung in der Beigeordnetenkonferenz vorzubereiten, um daraus resultierend über mögliche Verbesserungen und Veränderungen nachzudenken.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, brachte positiv zum Ausdruck, dass der Vergabebericht vorliegt. Er war überrascht, dass auf dem sehr ausführlich formulierten Vergabebericht Herr Dr. Wiegand unterschrieben hat. Er fragte, ob Herr Dr. Wiegand ab sofort der Vertreter der Frau Oberbürgermeisterin Szabados im Bau- und Vergabeausschuss sein wird?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass weiterhin Herr Dr. Pohlack ihr Vertreter sei. Das Rechtsamt, zu dem die zentrale Vergabestelle gehört, ist nach der neuen Verwaltungsstruktur in den Bereich von Herrn Dr. Wiegand gewechselt. Aus diesem Grund ist jetzt für das Rechtsamt und somit auch für die zentrale Vergabestelle Herr Dr. Wiegand zuständig. Für den Ausschuss bleibt aber Herr Dr. Pohlack zuständig, es sei denn, es gibt vergaberechtliche Dinge, dann werden sich beide Beigeordnete absprechen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, teilte weiterhin mit, dass im Amtsblatt vom 18.06.2008 ein Ausschreibungsverfahren für Beratungsdienste im Bereich Wirtschaftsförderung, Dienstleistungsauftrag - Verhandlungsverfahren erschienen ist. Er sei darüber nicht informiert und bittet um Erläuterung.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, informierte, dass er dazu Auskunft geben kann.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, hatte erwartet, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados über die Umstrukturierung in der Geschäftsführungsebene der Stadtwerke im Hauptausschuss informiert und fragte, in welcher Form Änderungen vorgenommen wurden?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass sie davon ausgegangen sei, dass die Fraktionen über ihre Mitglieder in den Aufsichtsräten informiert werden, denn so sei die übliche Verfahrensweise. Die Geschäftsführer in den städtischen Unternehmen werden durch den Aufsichtsrat berufen, so stehe es in den Gesellschaftsverträgen und so sei es auch erfolgt.

Sie gibt zur Kenntnis, dass Herr Matthias Lux ab dem 01.07.2008 dritter Geschäftsführer der halleschen Stadtwerke sein wird.

Herr Krause, SPD-Fraktion, hatte zur letzten Stadtratssitzung eine Anfrage bezüglich der Parkraumbewirtschaftung im Areal Landesmuseum für Vorgeschichte gestellt. Die Prüfung für Anwohnerparkausweise wurde zugesagt. Er fragte, wann er mit einer Antwort rechnen könne?

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack wies ausdrücklich darauf hin, dass für die Einführung von Anwohnerparkausweisen in so einem Gebiet, was derartig überstrapaziert ist, eine ganz genaue Analyse erfolgen muss. Es müssen sämtliche verfügbare Stellplätze gezählt werden, da nach entsprechender Vorschrift lediglich 50 % der insgesamt in dem Gebiet zur Verfügung stehenden freien Flächen der öffentlichen Nutzung entzogen werden und für Anwohner reserviert werden können. In diesem Gebiet sei das sehr schwierig und eine Beantwortung wäre erst nach der Sommerpause möglich.

zu 10 Anregungen

Herr Krause, SPD-Fraktion, regte an, am Eingangsbereich des Landesmuseums für Vorgeschichte Papierkörbe aufzustellen.

Nach der Sanierung des Museums wurde der gesamte Vorplatz wunderbar hergerichtet. Es wurden auch zwei Bänke hingestellt, aber Papierkörbe fehlen gänzlich, was inzwischen auch eine Belastung für die Anwohner darstellt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie es bei Herrn Dr. Meller, dem Direktor ansprechen werde, da dieser Bereich kein öffentlicher Raum sei, sondern zum Museumsbereich gehöre.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., regte an, eine Auskunft zum Stand Sportzentrum zu bekommen. Die Verwaltung hatte vor geraumer Zeit versprochen, im Juni eine Informationsvorlage vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte klar, dass im August über das Sportzentrum informiert werden sollte, sie aber evtl. schon nächste Woche in der Stadtratssitzung mündlich etwas sagen könne. Die Prüfungen laufen momentan noch und erst wenn diese abgeschlossen sind, könne sie darüber berichten.

Sie teilte mit, dass vielleicht nach der Sommerpause im August eine Beschlussvorlage vorliegt, aber spätestens im Herbst muss eine Entscheidung getroffen werden.

Weitere Anregungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 44. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin